

E-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
Per E-Mail an: office@e-control.at

Kontakt
MMag. Dominik Lindner

DW
213

Unser Zeichen
DL/Ha – 25/2013

Ihr Zeichen
-

Datum
21.10.2013

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Energie-Control Austria für die Stromkennzeichnungsverordnungs-Novelle 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Begutachtungsentwurf der Energie-Control Austria für die Stromkennzeichnungsverordnungs-Novelle 2013 erlauben wir uns, wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu § 8 Abs. 2:

Zur Klarstellung sollte der 1. Satz wie folgt ergänzt werden:

*„Stromhändler, die im Jahr 2014 Strom unbekannter Herkunft in ihrem Versorgermix ausweisen, haben die Strommengen, die sie an Haushaltskunden liefern, getrennt in der Herkunftsnachweis-Registerdatenbank auszuweisen **und vollständig mit Nachweisen zu belegen.**“*

Zu § 8a:

Die im Begutachtungsentwurf enthaltenen Regelungen zu § 8a erfordern im Ergebnis eine monatliche Bilanzierung für die Kennzeichnung der Pumpstrombezüge. Dies wird aus folgenden Gründen mit Nachdruck abgelehnt:

- Eine monatliche Bilanzierung steht im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen. Die in § 79a Abs. 2 EIWOG enthaltene Formulierung „In Abweichung von Abs. 1, § 78 und § 79 gilt ...“ bringt klar zum Ausdruck, dass im § 79a Abs. 2 EIWOG ausschließlich jene Punkte geregelt werden, die von den herkömmlichen gesetzlichen Bestimmungen

für die Stromkennzeichnung abweichen. Da der § 79a Abs. 2 EIWOG keine Regelungen für eine Abweichung von der in § 79 Abs. 7 EIWOG enthaltenen Bilanzierungsperiode von einem Kalenderjahr enthält, ist somit auch für die Kennzeichnung von Pumpstromlieferungen eine jährliche Bilanzierungsperiode, wie sie der Gesetzgeber bei der Stromkennzeichnung generell vorgibt, anzuwenden.

- Eine monatliche Zuordnung von Nachweisen würde zu Mehrbelastungen bei den Erzeugern und Lieferanten führen, jedoch keinerlei Vorteile im Sinne der Stromkennzeichnung bringen. Endverbraucher, die primärer Adressat der Informationen zur Stromkennzeichnung sind, erhalten ebenfalls nur einmal jährlich Informationen zum Versorgermix und den Umweltauswirkungen. Auch bei der jährlichen Bilanzierungsperiode ist eine lückenlose Stromkennzeichnung in selber Weise sichergestellt. Im Rahmen der gesetzlich geregelten Stromkennzeichnung sind die Generierung und Entwertung von Nachweisen systemnotwendig entkoppelt und es ist keine Verknüpfung beider Vorgänge vorgesehen.
- Gemäß § 8a Abs. 1 hat der Netzbetreiber, an dessen Netz ein Pumpspeicherkraftwerk angeschlossen ist, für jedes Pumpspeicherkraftwerk getrennt Daten über die Lieferung von Pumpstrom und die Erzeugungsmengen zu melden. Eine je Kraftwerkseinheit individualisierte Datenangabe ist einerseits für das Stromkennzeichnungssystem nicht erforderlich und schon aus diesem Grund abzulehnen. Andererseits übersieht diese Vorgabe, dass durch Stollenverbindungen zwischen Speicherseen die gepumpte Energiemenge unter Umständen in einem anderen Kraftwerk wieder turbinert wird. Die Energietransporte zwischen dem einzelnen Kraftwerk, das pumpt oder turbinert, erfolgt über eigene Leitungsverbindungen des Kraftwerksbetreibers. Eine Bilanzierung erfolgt am Netzanschlusspunkt für die gesamte Kraftwerksgruppe. Bei Energieentnahme am Netzanschlusspunkt zum Zwecke der Pumpspeicherung wird das Pumpspeicherkonto befüllt und bei Energieeinspeisung über den Netzanschlusspunkt abgebaut. Daraus ergibt sich in Konsequenz auch zur Netztarifverrechnung, dass für die gesamte Kraftwerksgruppe ein Pumpstromkonto einzurichten ist. Eine Angabe von Werten je Kraftwerkspark (vgl. § 7 Abs. 1 Z. 39 EIWOG 2010) ist daher ausreichend.
- Eine monatliche Bilanzierung und Belegung der Pumpstromlieferungen würde folgende Fristenprobleme beinhalten:
 - Kalorische Nachweise werden bis dato nur einmal jährlich generiert, um den Aufwand und die Kosten für die erforderliche Zertifizierung durch eine nach dem Akkreditierungsgesetz zugelassene Überwachungs-, Prüf- oder Zertifizierungsstelle möglichst gering zu halten. Aufgrund des unvermeidbar hohen Aufwands für eine monatliche Zertifizierung der kalorischen Erzeugung würde die Verwendbarkeit von Nachweisen aus kalorischer Erzeugung (gleichgültig, ob diese aus in- oder ausländischer Herkunft stammen) verunmöglicht werden.
 - Weiters wird darauf hingewiesen, dass im Falle einer zwingenden monatlichen Prüfung durch eine nach dem Akkreditierungsgesetz zugelassene Überwachungs-, Prüf- oder Zertifizierungsstelle komplexitätsbedingte Verzögerungen von bis zu 3 Monaten nicht auszuschließen sind und eine Einhaltung der vorgesehenen 14-Tagesfrist damit nicht möglich ist. Darüber hinaus werden derartige kalorische Nachweise, vor allem, wenn sie aus dem Ausland kommen,

überwiegend in Papierform erstellt, wodurch eine weitere elektronische Nutzung bzw. Teilentwertung (25 %) nicht möglich wäre.

- Die österreichischen Pumpspeicherkraftwerke sind zum Teil über Jahrzehnte in den grenzüberschreitenden Stromhandel mit Deutschland eingebunden und dienen neben dem Wälzbetrieb (Tag/Nacht oder Werktag/Wochenende) vor allem auch für eine saisonale Verlagerung von überschüssiger Sommer-Energie in die Wintermonate. Durch die vorgesehene monatliche Bilanzierung, den Fristen für die Gültigkeit von Nachweisen, den Fristen zur Erstellung der Stromkennzeichnung in Österreich und anderen Ländern sowie den Fristen für den Import und Export von Nachweisen ergeben sich große Risiken für die Verwendbarkeit von Nachweisen bei der „Rückgabe“ aus dem Pumpspeichervorgang. Wenn überhaupt wäre dies nur mit einem enormen zusätzlichen Verwaltungsaufwand abbildbar. Das Risiko eines wirtschaftlichen Schadens für die Unternehmen und einer Schlechterstellung der österreichischen Stromkennzeichnung durch einen zusätzlichen Verfall von Nachweisen ist eminent.
- Die Fristen für den Import von ausländischen Nachweisen verschärfen die Belegung von Lieferungen an Pumpspeicherkraftwerke sowie die Rückgabe von Nachweisen für die Erzeugungen aus Pumpspeicherkraftwerken und deren nachgelagerte Verwendung am in- und ausländischen Strommarkt.
- Darüber hinaus würde eine monatliche Bilanzierung zu einem erheblichen Mehraufwand für die betroffenen Marktteilnehmer führen, um den nachfolgend angeführten Themen gerecht werden zu können:
 - **Speicherkontenführung – Portfoliomanagement:**
Um eine monatliche Bilanzierung durchführen zu können, müssten die betroffenen Marktteilnehmer eine vollumfängliche Speicherbewirtschaftung (Führen von Speicherkonten und eines Portfoliomanagements) auch für Nachweise abbilden und bewirtschaften.
 - **Mehrere fiktive oder effektive Betreiber:**
Gesteigert würde die oben beschriebene Komplexität betreffend Speicherbewirtschaftung für Nachweise durch die zum Teil seit Jahrzehnten existierenden privatrechtlichen Verpflichtungen von Betreibern von Pumpspeicherkraftwerken gegenüber in- und ausländischen Beteiligungspartnern im Rahmen des österreichisch-deutschen Strommarktes und deren effektive oder aber auch fiktive Bewirtschaftung von Anteilen/Speicherkonten. Zudem stehen Betriebsübereinkommen der Beteiligungspartner einschließlich der für den Störungs- und Krisenfall vereinbarten Bestimmungen über Maschinenverfügbarkeiten, um die Handlungsfähigkeit der Beteiligungspartner zu gewährleisten, einer monatlichen Bilanzierung entgegen und würden den Verwaltungsaufwand enorm erhöhen.
 - **Verwendbarkeit von Nachweisen aus in- und ausländischer Herkunft:**
Für die Belegung der Lieferungen an Pumpspeicherkraftwerke müssen alle auch im Rahmen der Stromkennzeichnung in Österreich anerkannten Nachweise – gleichgültig, ob aus in- oder ausländischer Herkunft bzw. aus erneuerbarer oder kalorischer Erzeugung – vollumfänglich verwendbar sein, da die Regelungen des

§ 79a Abs. 2 EIWOG keine Einschränkung vorsehen. Die freie Wahl der zur Belegung verwendeten Nachweise wird zudem noch gesteigert durch die zuvor angesprochenen ausländischen Partnerbetreiber von Pumpspeicherkraftwerken, für die ihre ausländischen Nachweise uneingeschränkt verwendbar sein müssen. Andernfalls wäre eine massive Benachteiligung für die betroffenen Marktteilnehmer gegeben.

- **Verwendung unterschiedlicher Qualitäten von Nachweisen bei der Belegung und deren spätere Zuordnung zu einem einzelnen Erzeugungsvorgang:**
Für eine kosteneffiziente und den unterschiedlichen Unternehmensstrategien entsprechende Verwendung von Nachweisen ist es unabdingbar, dass auch unterschiedliche Qualitäten von Nachweisen von ein und demselben Betreiber aber auch von mehreren Partnern möglich sein müssen. Bei einer monatlichen Bilanzierung potenziert sich dadurch zwangsläufig der Verwaltungsaufwand für „eingelagerte“ Nachweise.
- Der in Abs. 5 enthaltene Ausgleich zwischen dem aus § 79a Abs. 2 Satz 2 EIWOG 2010 sich ergebenden Wirkungsgrad von 75 % und dem tatsächlichen Wirkungsgrad wird abgelehnt, weil hierfür keine gesetzliche Grundlage besteht.

Aus den oben angeführten Gründen wird daher mit Nachdruck eine jährliche Bilanzierung für die Kennzeichnung der Pumpstrombezüge gefordert. Daher sollte § 8a in Anlehnung an die Regelung des § 79 Abs. 8 wie folgt geändert werden:

„§ 8a (1) Jeder Netzbetreiber, an dessen Netz ein Pumpspeicherkraftwerk angeschlossen ist, hat in der Herkunftsnachweis-Registerdatenbank bis zum Monatsletzten des Folgemonats für jedes Pumpspeicherkraftwerk getrennt jene Mengen an Elektrizität zu melden,
1. die im Vormonat für den Pumpvorgang geliefert wurden;
2. die durch das jeweilige Pumpspeicherkraftwerk erzeugt wurden.

(2) Der Betreiber eines Pumpspeicherkraftwerks muss sicherstellen, dass spätestens 4 Monate nach Ablauf des Kalender- oder Wirtschaftsjahres binnen 14 Tagen nach Meldung gemäß Abs. 1 gültige Nachweise in Höhe der gemäß Abs. 1 Z 1 abgegebenen Meldung auf sein Pumpspeicherbetreiberkonto transferiert wurden.

(3) Die auf das Pumpspeicherbetreiberkonto transferierten Nachweise, abzüglich der gemäß § 79a Abs. 2 Satz 2 EIWOG 2010 gelöschten Nachweise, sind als Nachweis für die Erzeugung elektrischer Energie durch das Pumpspeicherkraftwerk heranzuziehen. Die Löschung der Nachweise aus dem Pumpvorgang und die Zurverfügungstellung der Nachweise aus dem Pumpvorgang an den Betreiber des Pumpspeicherkraftwerks hat unmittelbar nach der Transferierung gemäß Abs. 2 zu erfolgen. Für die Menge an Elektrizität, die durch natürlichen Zufluss erzeugt wird, gilt § 10 Bundesgesetz über die Förderung der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern (Ökostromgesetz 2012 – ÖSG 2012, BGBl. I Nr. 75/2011). Erfolgt keine Auswahl bestimmter auf das Pumpspeicherkonto

transferierter Nachweise durch den Betreiber des Pumpspeicherkraftwerks, werden die Nachweise mit dem ältesten Erzeugungsdatum zuerst herangezogen.

(4) Nachweise, die nach Ablauf von drei Monaten nicht als Nachweise im Sinne des Abs. 3 herangezogen wurden, können vom Betreiber des Pumpspeicherkraftwerks mit Nachweisen für Strom aus dem gleichen Primärenergieträger ersetzt werden.

~~*(5) Am Ende jedes Kalenderjahres sind auf Grund eines von § 79a Abs. 2 Satz 2 EIWOG 2010 abweichenden Wirkungsgrads des Pumpspeicherkraftwerks fehlende Nachweise innerhalb von 14 Tagen vom Betreiber des Pumpspeicherkraftwerks auf sein Pumpspeicherbetreiberkonto zu transferieren. In Abweichung von Abs. 3 können solche fehlenden Nachweise auch von Pumpspeicherbetreiberkonten, die auf Grund eines abweichenden Wirkungsgrades einen Überschuss an Nachweisen aufweisen, transferiert werden.*~~

Abschließend halten wir fest, dass der vorliegende Begutachtungsentwurf für die Stromkennzeichnungsverordnungs-Novelle 2013 für Betreiber von Pumpspeicherkraftwerken zu einer deutlichen Zunahme des administrativen Aufwands führt. Diesem Aufwand steht kein erkennbarer Mehrwert gegenüber. Insgesamt sind vor dem Hintergrund, dass sich die Wirtschaftsminister von Deutschland, Österreich und der Schweiz im Jahr 2012 zum Ausbau der Nutzung von Pumpspeichertechnologie ausdrücklich ausgesprochen haben, Änderungen wie im vorliegenden Begutachtungsentwurf abzulehnen. Anstelle der zusätzlichen Schaffung von Wettbewerbsnachteilen für österreichische Pumpspeicherkraftwerksbetreiber sollten praxisgerechte und mit angemessenem Aufwand verbundene Vorgaben getroffen werden.

Wir ersuchen höflich um Kenntnisnahme und Berücksichtigung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

DI Dr. Peter Layr
Präsident

Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin